

Postulat Fraktion GB/JA! (Karin Gasser/Catherine Weber, GB/Anne Wegmüller/Simon Röthlisberger, JA!): Städtische Hanfpolitik: Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis

Am 2. Dezember 2004 hat der Stadtrat alle Punkte der Motion der Fraktion GB/JA!/GPB vom 11. März 2004 „Rauchzeichen an den Nationalrat: Neue Hanfpolitik“ als Postulat überwiesen. Damit wird der Gemeinderat u.a. in Punkt 5 aufgefordert, sich im Rahmen der vorhandenen Strukturen für eine offenere Hanfpolitik sowohl in den umliegenden Gemeinden als auch bei anderen Städten einzusetzen. Weitere Punkte des Postulats zielen auf Massnahmen zur Verbesserung des Jugendschutzes und zur Entkriminalisierung von jugendlichen Cannabiskonsumtinnen und Cannabiskonsumenten ab. Zentral bei allen hanfpolitischen Massnahmen ist das Ziel, gegen die Vermischung des Handels mit weichen und harten Drogen anzutreten. So erwägt auch die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit erneut Massnahmen zur Entkriminalisierung des Cannabiskonsums.

Unter anderem in der Stadt Biel findet seit einiger Zeit die Diskussion statt, einen wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Hanf zu lancieren. Für Suchtfragen zuständige kantonale Stellen haben auf eine erste Anfrage positiv reagiert (Der Bund, 12. März 2005). Die Stadt Bern sollte sich hier unbedingt einklinken.

Wir bitten daher den Gemeinderat zu prüfen, wie sich die Stadt Bern – im Rahmen der Erfüllung des am 2. Dezember 2004 überwiesenen Postulats – an einem, im Kanton Bern geplanten Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis beteiligen oder ein eigenständiges Pilotprojekt initiieren kann.

Bern, 31. März 2005

Postulat Fraktion GB/JA! (Karin Gasser/Catherine Weber, GB/Anne Wegmüller/Simon Röthlisberger, JA!), Martina Dvoracek, Carolina Aragón, Daniele Jenni, Urs Frieden, Hasim Sancar, Natalie Imboden, Franziska Schnyder, Myriam Duc

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat anfangs April 2005 sechs Eckwerte zur Cannabispolitik formuliert und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Eckwerte lauteten: „Grundsätze“, „Die Bevölkerung ist informiert“, „Besonders betroffene Zielgruppen werden speziell angesprochen“, „Prävention kommt vor Repression“, „Cannabiskonsum ist im öffentlichen Raum nicht erwünscht“ und „Handel mit harten Drogen wird nicht geduldet“.

Im Eckwert 1 „Grundsätze“ bekräftigt der Gemeinderat, dass er eine pragmatische, unter den Direktionen abgestimmte Cannabispolitik mit dem Ziel verfolgt, weiche und harte Drogen zu trennen, sowie Cannabiskonsumierende nicht unnötig zu kriminalisieren. Ebenfalls im Eckwert 1 hält der Gemeinderat fest, dass er nach wie vor die in der gescheiterten Betäubungsmittelgesetzrevision enthaltenen Bestrebungen unterstütze, Konsum und Handel von Cannabis unter bestimmten Voraussetzungen zu legalisieren.

Der Handlungsspielraum des Gemeinderats ist im Bereich Cannabishandel durch übergeordnetes Recht eingeschränkt. Mit der Initiative „Pro Jugendschutz gegen Drogenkriminalität“ wurden von einem überparteilichen Komitee bereits erste Schritte auf nationaler Ebene eingeleitet, den Anbau, Handel und Konsum von Cannabis zu entkriminalisieren, wie es in der ge-

scheiterten Betäubungsmittelgesetzrevision vorgesehen war. Gleichzeitig bestehen auch Bestrebungen, eine Betäubungsmittelgesetzrevision „light“ möglichst rasch umzusetzen, welche die 4-Säulen-Drogenpolitik unabhängig von der Cannabisfrage gesetzlich verankern möchte. Der Gemeinderat ist bereit, Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für einen Pilotversuch bezüglich kontrollierten Hanfverkaufs in der Stadt Bern zu prüfen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 31. August 2005

Der Gemeinderat